

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 297. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 195.

Erste Ausgabe

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 158.
Schriftleitung: Dr. Walter Gersleben in Halle a. S.

Sonnabend, 28. Juni 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon-Nr. VII Nr. 11 404.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Abonnements-Einladung

für das
3. Vierteljahr 1902
auf die
Halle'sche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

Für das bevorstehende Vierteljahr laden wir zum Abonnement auf unsere Zeitung höchst ein.
Die Halle'sche Zeitung wird nach wie vor das **Panier der nationalen Politik der Sammlung aufzuerheben**, unabhängig und frei wird sie die Gleichberechtigung der Interessen aller deutschen Erwerbsstände, die Politik ausgleichender Gerechtigkeit befürworten und im Gegensatz zu dem Egoismus des Großkapitals und den umfütterlichen Gelüsten der Sozialdemokratie überall eintreten mit Gott für Kaiser und Reich, für den **gleichmäßigen Schutz aller unserer produktiven Stände**, insbesondere des schwer leidenden Mittelstandes. Gegen die goldene wie gegen die rote Internationale werden die Bahnen der Halle'schen Zeitung nach wie vor gleichmäßig geführt sein.

Die Halle'sche Zeitung wird auch weiterhin bemüht sein, hinsichtlich der **Schnelligkeit und Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung mit an der Spitze der deutschen Tagespresse** zu marchieren. Die **ausgezeichneten Informationen aus Berlin**, aus den anderen Großstädten und aus dem **interessanten deutschen Vaterlande**, sowie aus allen wichtigeren Plätzen der Welt haben der Halle'schen Zeitung einen Platz in den Redaktionen aller bedeutenderen Tagesblätter des Reiches gesichert.

Als weitere Ausdehnung des redaktionellen Theiles, besonders der **Börsen- und Handelsnachrichten**, ist die regelmäßige **Zusammenstellung einer Verlosungsliste** für börsengängige Wertpapiere ins Leben gerufen worden, welche regelmäßig dreimal monatlich erscheint.

Dem feuilletonistischen Theile ist auch diesmal wieder eine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden. Romane und Novellen unserer bekanntesten Tageschriftsteller werden in interessanter Reihenfolge abgedruckt, daneben werden wertvolle Aufsätze wissenschaftlichen und künstlerischen Inhalts zur Veröffentlichung gelangen. Mit dem Anfang des neuen Vierteljahres beginnt die Veröffentlichung des höchst interessanten Romans:

„Wer wird Sieger?“

aus der Feder des rühmlichst bekannten Schriftstellers Reinhold Ortman.
Der Abonnementpreis der „Hall. Ztg.“ beträgt bei **dreimal täglicher Zustellung** für Halle a. S. und die Vororte **M 2,50**, bei allen Postanstalten **M 3,00** vierteljährlich. Probenummern werden überall hin bereitwilligst und kostenlos abgegeben durch die Expedition (Halle a. S., Leipzigerstraße 87).
Halle a. S., im Juni 1902.
Verlag der Halle'schen Zeitung.

Die künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Die „Allg. Ztg.“ macht Mittheilungen aus einem noch nicht erschienenen Artikel der „Concord“ von Friedrich in Genä, in dem sich, wie es scheint, ein hoher deutscher Beamter über die Grundlagen der künftigen Handelsvertrags-Verhandlungen äußert. Nach dem Auszuge, den das genannte Blatt aus dem Artikel macht, verdient er als offiziöse Auslassung allgemeine Beachtung, und wir wollen daher nicht zögern, auf seine Ausführungen einzugehen, obwohl das Original bis zur Stunde noch nicht veröffentlicht ist.

Der Verfasser führt aus, daß ein Schreiben des jetzt vorliegenden Zolltarifs „im Auslande Aufstellungen hervorgerufen hätte, die alles andere eher als eine Stärkung unserer Stellung bei den Vertragsverhandlungen bedeuten.“ Das ist gewiß in einer Beziehung richtig. Man würde sich eben im Auslande fragen, daß „die Träger der Reichspolitik“ in der parlamentarischen Verhandlung der Zollfragen einen Mangel an politischer Geschicklichkeit bemerken haben, den man nun in den Handelsvertrags-Verhandlungen sich selbst könne zu Nutze machen. Andererseits aber ist gerade die Haltung der Reichstagsmehrheit derart, daß sie unter Umständen den Willen stärken und ihnen die Einbuße an Prestige, die unsere höchsten Reichsbeamten zu beklagen hätten, einigermaßen erlassen könnte. Also in diesem Punkte urtheilt der

Verfasser allzu sehr aus einem persönlichen Empfinden heraus.
Die Frage, ob eine einfache Erneuerung der bestehenden Handelsverträge auf bestimmte längere Zeit möglich sein werde, glaubt der Verfasser nicht mit einem glatten „Ja“ beantworten zu können, da andere Staaten insofern ihren autonomen Tarif erhöht haben und nun größere Gegenleistungen von uns verlangen würden. Wollte man durch Nichtausübung des Bündnisrechtes die geltenden Verträge weiter laufen lassen, so würde das eine schädliche Unsicherheit in unsere Handelsbeziehungen bringen, ganz abgesehen davon, daß nicht sicher ist, ob die beteiligten fremden Staaten damit einverstanden wären. Der vom Handelsvertragsverein beauftragte Vorkläger, auf Grund des bestehenden deutschen autonomen Tarifs über Handelsverträge mit neuem Inhalt zu verhandeln, stelle den gewünschten Erfolg ebenfalls nicht in sichere Aussicht. Einmal sei dieser Tarif nicht ausreißend gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen amerikanischen Ländern, und dann frage es sich, ob unter den jetzt 1890 wendigen geänderten Verhältnissen und Voraussetzungen mit den damaligen Mitteln mit europäischen Staaten noch brauchbare Verträge zu erzielen seien. Auf Grundlages des noch nicht vom Reichstage angenommenen Tarifentwurfs zu verhandeln, sei unbedenklich. Die Gründe für diese Behauptung brauchen wir wohl nicht zu wiederholen, da sie alle recht nahe liegen.

In jeder Beziehung also würde, dem Verfasser, durch das Scheitern des Entwurfs die Sachlage für Deutschland verschlechtert. Nur die sozialdemokratische Partei würde Vorteil davon haben; ihre Vertreter würden im neuen Reichstage noch zahlreicher erscheinen, wenn sie die Protonotariatsparole für die Neuwahlen benutzen könne. Hier argumentirt der Verfasser wohl etwas leichtsin in einem bekannten Schema. Wir müßten nicht wegen Interesse es für die sozialdemokratische Agitation machen würde, ob der Zolltarifenwurf vor den Neuwahlen abgelehnt oder angenommen wird. Die Protonotariatsparole, gegen die von oben her noch kein bedenkliches Wort geredet worden ist, — das Gegenstück wird vielmehr behauptet, — steht den Sozialdemokraten immer bereit, da die Getreidezölle des bestehenden autonomen Tarifs sich nur unwesentlich von den Mindestzöllen des neuen Entwurfs unterscheiden und die Regierung doch offensichtlich nicht daran denkt, weitaus nicht daran denken kann, den Sozialdemokraten zur Liebe mit den Getreidezöllen wieder unter dies Niveau hinabzugehen. Meint doch sogar der Verfasser selbst, „auch die ultragrünen Kreise würden vielleicht verstimmt werden“, was ihm offenbar ebenso scharflich erscheint, wie die Vernehmung der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Auch in diesem offiziellen Artikel ist wieder davon die Rede, daß eine **Verständigung** erzielt werden müsse durch **Nachgiebigkeit des Reichstages** allein. Können wir auch nicht allen seinen Sparmaßregeln zustimmen, so hat er doch klar und deutlich eingestanden, daß die Regierung keinen Ausweg sieht, wenn ihre „Tarifreform“ abgelehnt wird. Darum müßte logischer Weise der **Schluslauten**: „Also sieht sich die Regierung genöthigt, ihren Widerpruch gegen den von der Reichsversammlung angenommenen Kompromißantrag in Punkte der Getreidezölle aufzugeben. An der kleinen Differenz von fünfzig Pfennig bei den Getreidezöllen kann sie die Reform nicht scheitern lassen.“

Sätze, so meint mit Recht die „Allg. Ztg.“, der wir diese Ausführungen entnehmen, der Verfasser diesen einzig vernünftigen Schlus gezogen, so hätte er sich wirklich, wie er jetzt nur vorgiebt, auf den Boden der Thatfachen gestellt. Statt dessen apokryphirt er nur, die nicht extrem gemäßigten bürgerlichen Parteien, gegen Sozialdemokratie und Agrarierthum aufzunehmen und eine Wehrheit zu schaffen, „wie das Ziel selbst, den Tarif nicht scheitern zu lassen.“ Wie die Dinge liegen, ist das in den Wind geflüchtet. Eine Verständigung mit diesem Reichstag ist nicht möglich, das wiederholen wir immer wieder; aber nicht dadurch, daß die Regierung auf jedem Buchstaben und jeder Ziffer ihres Gegenvorschlags besteht, sondern daß sie ihren früheren Fehler wieder auf macht und der schwer geschädigten Randwirtschaft eine Sicherheit bietet gegen ein abermaliges Herunterdrücken ihres Zollfußes bei den neuen Handelsverträgen. Das äußerste, was die Mehrheitsparteien verlangen und verlangen müssen, ist der Regierung bekannt. Sie und nimmer wird sie die Verantwortung für das Scheitern des Tarifs von sich auf den Reichstag abwälzen können, wenn sie dabei beharrt, daß ihr Vorkläger in diesem Punkte unänderlich sei. So wie sie es sich nur zu stellen scheint, werden in konstitutionellen Staaten keine Gejege gemacht!

Deutsches Reich.

Halle a. S., 27. Juni.

Der Personalwechsel in der Zeitung des Eisenbahnministeriums wird in verschiedenen freisinnigen Blättern politisch zu verwerthen gesucht, obwohl er jeder politischen Unterlage entbehrt. Wir leben davon ab, auf die Betrachtungen darüber, was die Konfessionen von dem Ministerwechsel zu fürchten oder zu hoffen hätten, einzugehen. Wie die konservative Partei

und speziell die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses zu dem Minister von Thiel gestanden hat, ist aus der letzten Staatsdebatte noch bekannt, wir haben also nicht nöthig, zu wiederholen, daß der bisherige Leiter des Eisenbahnministeriums wollen Anlaß hatte, das ihm von konservativer Seite entgegengebrachte Vertrauen auch weiterhin durch Vertrauen zu vergelten. Auch der neuerbnete Minister Hubbe kann sich von vornherein für verpflichtet halten, daß ihm die Konfessionen vertrauensvoll entgegenkommen und ihm nach Kräften unterstützen werden. Die preussische Finanzlage, wie die preussischen Traditionen überhaupt, haben dafür, daß die Eisenbahnpolitik nach wie vor in benjedenen Bahnen bleiben wird, die sich leichter trotz aller Hindernisse von links her bewähren haben. Wenn die Linke sich jetzt so rüch und dringend wie möglich einstellt und wie der schärfste Liebhaber, der seine Werbung in einen Blumenstrauch verlegt, in Schmeicheleorien eingewickelt ihre Wünsche darbringt, wenn sie namentlich auf die Entbringung der Kanalarbeiter dringt, so werden wir doch ruhig gehen lassen. Aber hier darüber den Kopf zerbrechen will man es thun; der man sich auch über die jetzt wieder in Gang kommenden Feriengerüchte über die Kanalfrage aufregen. Uns machen diese Dinge heute noch keine Kopfschmerzen.

Die Generalinspektion der Fußartillerie. Die Ernennung des Generalleutnants von Verband zum Generalinspektor der Fußartillerie soll in militärischen Kreisen wohl gebilligt werden. Der Fußartillerie ist, weil sehr v. Verbands ein Infanterie-Offizier ist. Der Hinweis der „Allg. Ztg.“, daß doch seiner Zeit General v. Stolz zum Chef des Marinearsenals ernannt worden sei, und daß man auf die organisatorische Regung, des Herrn v. Verbands große Erwartungen lege, betrifft die Kritik nicht; denn die Fußartillerie ist eine derartig technisch bewaffnete, daß es hier weit mehr auf die Kenntnis des Geschüßwesens ankommt, als auf organisatorische Eigenschaften.

Siezu wird uns von mittheilender Seite geschrieben: „Die Zeit der „Allg. Ztg.“ stammt in Wirklichkeit nicht aus „militärischen Kreisen“, sondern lediglich von dem guten Willen einer ganzen Beobachtungsreihe. Die „Allg. Ztg.“ drängt sowohl die Regung, des Herrn v. Verbands, als auch die Regung, des Herrn v. Verbands, die Chef der technischen Waffen — das sind zur Zeit die Ingenieure und die Fußartillerie — auch zeitweise aus anderen Waffen zu wählen. Natürlich werden dann stets hervorragende Mannschaften ausgesucht. Der Zweck ist dabei, die technischen Fähigkeiten des Lebens zu erhöhen, die die Regung, des Herrn v. Verbands, zu erhalten, damit sie nicht verloren gehen. Zu meinen hat auch die Waffe keinen Offizier zur Verfügung, der die entsprechende Anciennität und zugleich auch die Qualifikation als kommandirender General besitzt. Denn diese hohe Stellung nehmen die Chiefs der technischen Waffen ein. Erst unlängst wurde Colonel v. d. Goltz, gegenwärtig kommandirender General in Königsberg, aus ähnlichen Gründen zum Divisionskommandeur zum Chef des Ingenieurkorps ernannt, während nach seiner neueren Verlegung wieder ein eigentlicher Ingenieur-Offizier, Generalleutnant Wagner, sein Nachfolger wurde. In der Fußartillerie ist zur Zeit überhaupt nur ein einziger Generalleutnant vorhanden, der also allein als Chef in Erwägung kommen könnte, zur Stellung eines kommandirenden Generals oder noch nicht heran ist. Der in der Fußartillerie nachfolgende General ist sogar erst Generalmajor. Das man unter diesen Umständen auf eine andere Waffe überzugehen ist, ist natürlich. General v. Verbands, Colonel v. Goltz und andere kann man allerdings nicht als Infanterie- oder Kavallerie-Offiziere bezeichnen. Sie sind Truppenführer in großen Stille, die in allen Ecken gerecht sein müssen. Gerade aber für die Fußartillerie, die neuerdings gegenüber der Kavallerie, etwas in das Feuer der Geschäfte rücken wird, ist es höchst wichtig und in ihrem eigenen Interesse, die wichtigsten vorübergehend einen Chef direkt aus der Feld-Truppe heraus erhält.

Um das Amt des Direktors des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsarchivs. Inwiefern zahlreiche Bewegungen ein. Die Entscheidung über die Verlegung dieses wichtigen Postens wird jedoch schließlich schon in nächster Zeit erfolgen. Das der bereits früher in der Sache genannte Referent der „Berl. Korrespondenz“, Dr. Lenzel, gewisse Chancen als Kandidat hat, ist selbstverständlich.

Der Kaiser und der Kaiserverleiher. Die der Kaiser in Ansehnlich sein lebhaftes Interesse für den dieser Stadt geplanten Bau eines Rheinischen Schlosses und für den Fall von Schwierigkeiten sein Eingreifen in Aussicht gestellt hat, so können wir auch anderen großen Unternehmungen zur Lösung des Kaiserverleiher und zwar auch a u b e r h a l b Preussens sein lebhaftes Interesse und seine Hingabe. So hat er sich bezüglich der von dem Kaiser geplanten Verletzung der untern Elbe, welche ebenso wie ihre Ufer zu dem preussischen Staatsgebiete gehört, seinen Willen dahin fundgegeben, daß die beteiligten preussischen Behörden das Unternehmen nach Kräften fördern und ihm insbesondere nicht durch Verletzung der konföderativen Interessen der benachbarten preussischen Landesstelle Schwierigkeiten bereiten sollen.

Von den Kaiseranmeldern. Nach der Annahme von dem Kaiser genehmigten Beitrittstellung für das Kaiseranmeldung 1902 wird das fünfte Anmeldebüro am 3. September bei Ravenna unter Posten von dem Kaiser in Raab werden. Der 4. September ist Aufhebung; der 5., 6., 7. und 8. September sind Parthie mit Aufklärungsübungen; am 10., 11. und 12. September finden große Manöver zwischen dem fünften und dritten Anmeldebüro in der Linie Venetien-Merits statt. In den Kaiseranmeldern wird auch Prinz Ludwig von Bayern teilnehmen, der älteste Sohn des Prinzregenten Witold und Erbe der bayerischen Krone.

Der Kaiser und die politische Frage. Der Kaiser beschäftigt sich zur Zeit viel mit dem amtlichen Material über die politische Bewegung in Polen. Seine Majestät beabsichtigt bei seiner Anwesenheit daselbst während der großen Wandover

